

Apropos 25:

George W. Bush und das Spielchen mit dem Iran

Werden wir richtig informiert? Nur wenn wir den Guru unserer eigenen individuellen Vernunft in der richtigen Weise wirksam werden lassen. Das heißt: wenn wir uns um die nötigen Informationen bemühen und sie *denkend* verarbeiten. Sonst laufen wir Gefahr, von Medien, Behörden oder auch Wissenschaftlern (manchmal absichtlich) in die Irre geführt zu werden.

So wie es – wie in den bisherigen Kolumnen zur Genüge dargelegt worden ist – George W. Bush und seine Spießgesellen (inklusive sein «Schoßhündchen» Tony Blair) getan haben, die im Irak einen völkerrechtlich verbotenen Angriffskrieg führen – was nach den heute üblichen juristischen Kriterien ganz klar ein Kriegsverbrechen ist. Daran ändert auch nichts, dass permanent versucht wird, dieses Faktum mit Desinformationskampagnen zu verschleiern.

Wen interessiert denn Milosevic?

In den beiden letzten *Apropos*¹ wurde zudem gezeigt, dass nicht nur die Administration Bush zur Desinformation der Öffentlichkeit neigt, sondern dass dies sozusagen zu den politischen Mitteln des «anglo-amerikanischen Establishments» (Carroll Quigley) gehört. Genauso zu diesen Methoden gehört das Benutzen eines «Todfeindes» für eigene Zwecke – wie die Reagan-Bush-Administration seinerzeit Israel und den «Todfeind» Iran benutzte, um den nicaraguanischen Contras Geld für – vom Parlament verbotene – Waffenkäufe zukommen lassen zu können; und wie die Clinton-Regierung Kroatien und den «Todfeind» Iran benutzte, um die bosnischen Muslime (mit Bin Laden im Hintergrund) mit Waffen versorgen zu können. Diese Zusammenhänge waren ganz klar mit ein Grund, warum Milosevic verschwinden musste ... Nicht dass er umgebracht worden wäre! Um Gottes willen! Zu solchen Mitteln wird nur im Notfall gegriffen, wenn alles andere versagt hat. Bei Milosevic ging das viel eleganter: Wie ja Leo Bokerija, der Direktor der Moskauer Herzklinik, festgestellt hat, ist der jugoslawische Ex-Präsident an zwei Löchern in der Herzarterie gestorben, die relativ einfach zu beheben gewesen wären, so dass noch einige Jahre Leben möglich gewesen wären¹. Aber wie leicht kann man so etwas übersehen! Und wen interessiert denn das noch, wenn ein Kriegsverbrecher wie Milosevic, der er zweifellos war, endlich von der Weltbühne abtritt?! Die Mainstream-Medien auf jeden Fall nicht. Da müsste

man sich ja um Retuschen am Bild von den absolut bösen Serben und ihren engelsgleichen Brüdern und Cousins bemühen und zudem zugeben, dass man – mindestens zum Teil – auf Propaganda- und Desinformationskampagnen hereingefallen ist (oder vielleicht sogar bewusst mitgemacht hat ...). «Schwamm drüber!» ist doch viel einfacher! Und was kümmert es uns Heutige, wenn Historiker in einigen Jahrzehnten dann doch herausgrübeln, «wie es wirklich war» ...

Atomschlag gegen den Iran?

Auf diesem Hintergrund ist es wohl selbstverständlich, dass man aktuellen Meldungen zum Atomstreit mit Iran vorsichtig und skeptisch begegnet. Wenn beim schon längere Zeit dauernden Konflikt plötzlich die Schlagzeile auftaucht: «Bush plant Atomschlag gegen den Iran»², wird genauer zu prüfen sein, was dahinter steckt. Ausgelöst wurde sie von einem Artikel der US-Zeitschrift *The New Yorker*³; dessen Autor, der preisgekrönte Enthüllungsjournalist Seymour Hersh, war der Erste, der über die Gräueltaten im US-Militärgefängnis von Abu Ghraib berichtete. Jetzt behauptet er, «die US-Regierung habe mit der detaillierten Planung von Angriffen auf den Iran begonnen»⁴. Diese Planungen beinhalteten auch den Einsatz von Atomwaffen. «Im Visier der Pläne seien vor allem Nuklearanlagen wie die unterirdische Uran-Anreicherungsstätte in Natans ... Präsident George W. Bush hoffe, dass ein nachhaltiges Bombardement die religiöse Führung des Iran demütigen und einen Volksaufstand provozieren würde. Ich war schockiert und habe mich gefragt: Was haben die geraucht?» wird der namentlich nicht genannte Ex-Pentagon-Experte zitiert.⁴ Zur Zeit seien «hektische Aktivitäten im Gange, um mögliche Kriegsziele in Listen zu erfassen und es gebe Versuche, Task Force-Einheiten in den Iran einzuschleusen, die Kontakt mit regierungsfeindlichen Widerstandsgruppen aufnehmen sollten». Weiter heißt es, «Bush habe in den vergangenen Wochen über Einzelheiten zur Kriegsplanung bereits vertrauliche Gespräche mit einzelnen Vertretern des US-Kongresses geführt. Ein ehemaliger ranghoher Geheimdienstler habe dem Reporter mitgeteilt, dass Bush und seine Berater den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad für einen potenziellen zweiten Adolf Hitler halten: «Das ist der Name, den sie für ihn benutzen.» Ein Pentagon-Berater deutete an, das

Weißes Haus betrachte einen Regimewechsel im Iran als «einzigen Weg zur Lösung des Problems – und das bedeutet Krieg»². Eben dies bestärke aber den Iran in der Überzeugung, «dass nur Atomwaffen das Land vor einem US-Angriff schützen können», meinen Verteidigungsexperten⁴. In der Armee gebe es allerdings auch Widerstand gegen die Pläne des Weißen Hauses – selbst von hochrangigen Militärs. «Die hätten besonders vor dem Einsatz bunkerbrechender Bomben und einer dann drohenden Kettenreaktion der Gewalt gewarnt und mit ihrem Rücktritt gedroht.»⁵ Kritik gibt es auch von angesehenen Sicherheitsexperten. Harlan Ullman vom «Zentrum für Strategische und Internationale Studien» erklärt: «Präsident Roosevelt hat vor 100 Jahren gesagt: Sprich leise, aber halte einen dicken Knüppel in der Hand. Die Bush-Regierung hat diesen Knüppel, aber auch eine zu aggressive Rhetorik. Wenn wir wollen, dass Iran auf die Atombombe verzichtet, sollten wir ihn durch stille Diplomatie dazu bringen.»⁵

«Spielchen» der Bush-Administration

Merkwürdig ist die Sache auch, weil zwischen dem Iran und den USA direkte Gespräche vereinbart waren – nicht über den Atomstreit, sondern über die Lage im Irak (auf die der Iran über seine schiitischen Glaubensbrüder großen Einfluss hat)². Auch wenn diese direkten Gespräche nun auf später verschoben worden sind, bleibt doch einige Verwunderung zurück.

George W. Bush hat Hershs Enthüllungen sofort dementiert, obwohl dieser im Ruf steht, «exzellente Kontakte zu führenden Mitarbeitern» der amerikanischen Regierung zu haben⁵. War das Ganze, da die Informationen offensichtlich aus dem Weißen Haus kamen, bloß ein Versuchsballon der Bush-Administration? Mit der Strategie von Zuckerbrot und Peitsche? Denn bald nach dem Dementi äußerte sich Außenministerin Condoleezza Rice im Fernsehen: «Wenn der UNO-Sicherheitsrat nicht schnell genug handle, würden die US-Regierung und ihre Verbündeten nicht warten. (...) Teheran treibe «Spielchen» mit der internationalen Gemeinschaft. (...) Iran habe jede Menge Zeit gehabt, die Forderungen zum Stopp des Atomprogramms zu befolgen.»⁶ Rice hat «dem Iran im Atomstreit mit einer «Koalition der Willigen» gedroht, falls sich der Weltsicherheitsrat nicht auf ein entschlossenes Vorgehen einigen sollte»⁷. Sie gehe allerdings davon aus, «dass die Diplomatie am Ende zum Erfolg führen werde». Zugleich wiederholte Rice die Standardformulierung aller bisherigen US-Präsidenten, «wonach alle Optionen einschließlich einer militärischen auf dem Tisch lägen». «Das Recht auf Selbstverteidigung verlange nicht notwendigerweise ei-

ne UNO-Resolution», sagte Rice. Die Außenministerin bezog sich auf die Kriege auf dem Balkan und im Irak. «Die Situation im Iran sei dennoch anders als seinerzeit im Irak. (...) Die USA verfolgten deshalb im Fall Iran auch einen anderen Kurs. Im Atomstreit gehe es darum, die internationale Gemeinschaft zu mobilisieren und hinter der Auffassung zu vereinigen, dass der Iran keine Atomwaffen besitzen dürfe.»⁷

Wiederum einige Tage später versuchte der «Boss» selber, sich «einzumitten»: Er machte einerseits deutlich, «dass für ihn auch weiterhin ein militärisches Eingreifen eine Option bleibt». In einem Interview sagte er andererseits: «Am liebsten will ich die Sache diplomatisch lösen. Ich denke, wir können es schaffen – aber alle Optionen müssen auf dem Tisch liegen.»⁸

Das Hin und Her bei diesem Streit macht stutzig; man fragt sich, wo eigentlich das Problem liegt. Gewiss, niemand kann sich einen Iran mit Atomwaffen wünschen (so dieser sie überhaupt will). Aber darf (und kann?) man das mit militärischer Gewalt verhindern? Indien hat illegal Atomwaffen (und wurde kürzlich von Bush sogar noch gelobt statt gerüffelt), Pakistan hat illegal Atomwaffen, Israel hat illegal Atomwaffen; gewisse Atomkräfte wie die USA und Großbritannien halten sich nicht an ihre eingegangene Verpflichtung, ihr Arsenal zu verringern: Darf Bush unter diesen Voraussetzungen noch einen Krieg vom Zaun brechen?

Was Zbigniew Brzezinski fordert

Dazu kommt, dass das – wie (auch amerikanische) Experten festhalten – gar nicht nötig ist. Der berühmt-berüchtigte Politik-Professor mit dem für uns unaussprechlichen Namen, Zbigniew Brzezinski – der Kalte Krieger gegen die Sowjetunion, der beim Zusammenbruch des Kommunismus das (sozialistische) Experiment für «gescheitert» erklärte⁹ – jedenfalls hält einen Krieg gegen den Iran nicht nur für überflüssig, sondern für ausgesprochen gefährlich. In einem Interview erklärte der 78-Jährige, der unter US-Präsident Carter Nationaler Sicherheitsberater war und heute noch als Berater am «Zentrum für strategische und internationale Studien» in Washington tätig ist, es sei «gut möglich, dass der Iran die Bombe eines Tages besitzt. Atomwaffen bedeuten Prestige. Und verbessern die Verhandlungsposition enorm»¹⁰. Als Atomkraft hält er den Iran für nicht viel gefährlicher «als im Moment». «Der Iran ist ein wichtiges Land in einer sehr instabilen Region. Er ist selbst zwar kein notorisch aggressives Land, doch die meisten seiner Nachbarn haben Atomwaffen: Indien, Pakistan, Russland und Israel. Man kann verstehen, weshalb die Iraner glauben, diese Waffen unbe-

dingt haben zu müssen. Man will ein Mittel der Abschreckung haben. Offenbar gilt dies auch in Teheran als Frage der nationalen Sicherheit. Ich glaube, letztlich wäre ein nuklearer Iran nicht gefährlicher als die Atommächte Indien oder Pakistan. Oder etwa Israel.» Brzezinski unterstellt dem Iran das Streben nach Atomwaffen (was dieser – noch? – bestreitet), hält das nicht für wünschenswert und fordert deshalb eine «Denuklearisierung des Nahen Ostens», «eine atomwaffenfreie Zone». Das könne allerdings nicht allein von der UNO erreicht werden. «Die fünf großen Nuklearmächte, also die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, müssten (...) garantieren, dass Länder, die keine Atomwaffen besitzen, nicht von Atommächten angegriffen werden.» Das Hauptproblem sieht Brzezinski darin, dass die USA seit der Khomeini-Revolution sich weigern, mit Iran direkte Gespräche zu führen. (Offiziell – wird man hinzufügen müssen; denn das Benützen für Undercover-Aktionen, das ja auch Gespräche voraussetzt, wird auch vom Politik-Professor nicht erwähnt...) Er hält fest: An den Verhandlungsbemühungen der EU-3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) mit dem Iran haben die USA «nicht teilgenommen. Ganz anders als etwa in Nordkorea. Dort sitzen die USA bei den Sechs-Parteien-Gesprächen faktisch mit am Verhandlungstisch. Und man redet sogar direkt miteinander. Beim Iran allerdings sehen sich die USA ja noch nicht einmal als Teil einer eventuellen Lösung. Es ist schon merkwürdig: Die iranische Regierung und ihr Präsident mit seiner obszönen Sprache sind in mehr oder weniger freien Wahlen gewählt worden. Das ist in Nordkorea ja ganz anders.»

Immer einseitigere Nahostpolitik der USA

Die unterschiedliche Behandlung von Nordkorea und Iran habe «mit der amerikanischen Nahostpolitik generell zu tun. In den vergangenen Jahren ist sie immer einseitiger geworden. Und immer weniger kompromissbereit. Das war schon unter Präsident Clinton so. (...) Und Bush ist noch viel weniger kompromissbereit. Doch man muss sich an einen Tisch setzen und reden. Wir müssen Vertrauen und Respekt aufbauen.» Zu den Äußerungen der Bush-Administration – US-Botschafter John Bolton assoziierte in der UNO den Iran mit den Terrorangriffen vom 11. September, Außenministerin Rice nannte den Iran den «Zentralbanker des Terrors» – meint Brzezinski: «Verantwortliche Führer einer großen Demokratie wie die Vereinigten Staaten sollten sich nicht solch dummer und aufrührerischer Demagogie bedienen. Das muss letztlich zu Konflikten führen.» Selbstverständlich könnten die USA gegen den

Iran militärisch vorgehen. «Aber die Folgen wären katastrophal. So wie jetzt im Irak. Der Krieg hat die Glaubwürdigkeit der USA zerrüttet, ihre Legitimität untergraben und stellt ihre moralische Überlegenheit infrage. Und der Irak ist ein verwüstetes Land. Es ist eine gescheiterte Besatzung. Und das dank der Entscheidungen einer kleinen Gruppe wahrer Gläubiger, die keinerlei Verantwortung für Fehler und sogar für Verbrechen übernimmt.» Die neue nationale Sicherheitsstrategie der USA, wonach sich die Nation im Krieg befinde und wonach der Iran die größte Bedrohung der USA sei, hält die graue Eminenz der US-Globalstrategen – die übrigens dafür verantwortlich war, dass die CIA unter Präsident Carter die Taliban und Bin Laden aufzurüsten begann, um die Sowjetunion in die «afghanische Falle» zu locken und sie so zu zerstören – für falsch: «Noch nicht einmal zu Zeiten des Korea- oder des Vietnamkrieges haben amerikanische Präsidenten so etwas behauptet. (...) das entspringt einer Atmosphäre der Polarisierung, die durch eine falsche Darstellung der Realität regelrecht genährt wird. Sie trägt so zu einer Weltsicht bei, die Angst fördert und uns von anderen isoliert.» Wird Bush den Iran militärisch angreifen? Brzezinski: «Wenn wir davon ausgehen könnten, dass solche Entscheidungen nach einer kühlen und rationalen Interessenabwägung erfolgen, dann kann es gar keine militärische Option geben. Aber ich bin eben überhaupt nicht sicher, dass Entscheidungen so rational getroffen werden.»¹⁰

Keine unmittelbare Bedrohung

Dass die «militärische Option» bei einer «rationalen Interessenabwägung» keine ist, zeigt auch das neue Buch von Gero von Randow; er ist Chef der Online-Redaktion der *Zeit* und einer der bekanntesten deutschen Wissenschaftsjournalisten¹¹. Er gibt eine Art wissenschaftliche Einschätzung des nuklearen Bedrohungscharakters Irans. «Seine These lautet: Die Lage im Iran ist soweit berechenbar, dass ein sofortiger Militärschlag nicht nur nicht geboten sei, sondern die Unberechenbarkeit, die man für diese Region zu Recht fürchtet, erst heraufbeschwören würde. Er stützt diese These (...) mit harten atomwissenschaftlichen Fakten. Alle Szenarien, die dem Iran eine unmittelbare Bedrohung zuschreiben, erscheinen in dieser Schau als Kriegspropaganda, wie man sie zuletzt mit der Behauptung irakischer Massenvernichtungswaffen kennengelernt hatte.»¹² Das Buch beschreibt den Iran als ein «dringliches Problem», das gerade deshalb verlange, «auf Zeit zu setzen». Der Iran sei noch mindestens «fünf bis zehn Jahre von der Bombe entfernt». Daraus ergebe sich zweierlei: «Zum einen

sollte das Zeitfenster vergrößert werden, indem man dem Iran neuerliche Moratorien oder Kontrollmechanismen abhandelt, zum anderen müsse eine Kombination von Sanktionen und Angeboten den Regimewechsel von innen vorbereiten.» Das absehbare strategische Desaster eines Iran-Kriegs liege in der Verkennung der atomwissenschaftlichen Befunde. «Die Atomanlagen von Isfahan und Natanz, (...) sind größtenteils unter der Erde verbunkert. Das mache diese Anlagen zwar nicht unangreifbar, (...) aber der Erfolg einer Attacke mit konventionellen Raketen, mögen sie auch auf das Aufbrechen von Befestigungen spezialisiert sein, sei außerordentlich ungewiss.» Überdies werde weithin vermutet, dass es bereits Ausweichquartiere gibt. Wenn «ein zweiter, weit verzweigt und unterirdisch angelegter Nuklearkomplex existiert, dann ist die Option eines Militärschlags erst recht nichts wert».¹²

Ein Schlaglicht auf die Situation wirft auch ein Aufsatz des deutschen Staatsrechtlers Carl Schmitt, der als aus der Nazizeit kompromittiert, aber auch als Vorläufer der heutigen amerikanischen Neokonservativen gilt. Der Text «USA und die völkerrechtlichen Formen des modernen Imperialismus» (1932/33, jetzt in einem Sammelband erschienen¹³) zeigt, dass die Berechenbarkeit Amerikas gerade in seiner souveränen Unberechenbarkeit liege. «Diese merkwürdige Elastizität und Dehnbarkeit», schreibt Schmitt zum Völkerrechtsverständnis der USA, «diese Offenhaltung aller Möglichkeiten, diese Offenhaltung vor allen Dingen auch der Alternative Recht oder Politik, ist meiner Meinung nach typisch für jeden echten und großen Imperialismus.» Es sei schlichtweg «nicht denkbar, dass eine Großmacht, und noch weniger, dass eine imperialistische Weltmacht sich juristisch auf einen Codex von festen Normen und Begriffen festlegt, die ein außenstehender Fremder gegen sie selber handhaben dürfte». Die FAZ kommentiert: «Im Blick auf die Manipulationen, mit denen der Irak-Krieg vom Zaun gebrochen wurde, liest sich das in der Tat wie ein prophetisches Manifest. Ob hier auch schon das entscheidende Wort zur aktuellen Iran-Krise gesprochen ist?»¹²

Wie man den Gewinn anhebt

Im übrigen gibt es auch ganz banale Erklärungen für den Konflikt. Zum Beispiel die Meldung: Der Iran hat die «Entdeckung neuer Uran-Vorkommen bekannt gegeben. Im Süden des Landes nahe der Stadt Bandar Abbas seien große Mengen Uran gefunden worden, die im Tagebau abgebaut werden könnten. (...) Nach ersten Schätzungen könnten dort jährlich 30 Tonnen Uranoxid (...) gewonnen werden. Bislang wird Uran im Iran

vor allem in der Mine von Sagand in der südlichen Region Jasd abgebaut.» Der Abbau unter Tage in Sagand ist jedoch weitaus kostspieliger als der im Tagebau.¹⁴

Eine andere Erklärung: Nach der Attacke von US-Außenministerin Rice auf den Iran kam die Meldung: «Der Ölpreis ist am Montag kräftig gestiegen. Grund waren Befürchtungen, der Streit um das iranische Atomprogramm könne sich weiter verschärfen. (...) Das Land ist der viertgrößte Erdölproduzent der Welt und zählt zu den Ländern mit den größten Ölreserven.»¹⁵ Und: «Berichte über einen Brief des iranischen Staatschefs Mahmud Ahamadinedschad an US-Präsident George Bush über Lösungsmöglichkeiten für den Atomstreit zeigen an den Rohstoffmärkten Wirkung: Der Ölpreis fällt auf den tiefsten Stand seit drei Wochen.»¹⁶ Schon aus diesem Grund musste die Bush-Administration den Brief zurückweisen, damit die besten Sponsoren der Regierung nicht vergrault werden ... «Denn die Preise steigen weiter und die Ölkonzerne verdienen außerordentlich gut. Das Management von ExxonMobil teilte (...) mit, in den ersten drei Monaten des Jahres sei ein Nettogewinn von 8,4 Milliarden Dollar angefallen – und damit sieben Prozent mehr als vor einem Jahr.»¹⁷ Der Unternehmenssitz von ExxonMobil befindet sich in Irving, Texas ... Apropos: Um den gezeigten Effekt zu erreichen, braucht es nicht unbedingt einen Krieg, sondern nur ein politisches Marketing, das den Preis immer wieder an den gewünschten Ort hebt.

Boris Bernstein

1 *Der Europäer*, April und Mai 2006

2 worldcontent.twoday.net/stories/1805999/ 8.4.2006

3 *The New Yorker*, 17.4.2006

4 www.sueddeutsche.de/ 8.4.2006

5 www.tagesschau.de/aktuell/meldungen, 8.5.2006

6 *Spiegel Online*, 30.4.2006

7 www.heute.de/ZDFheute, 20.4.2006

8 www.netzeitung.de/ 7.5.2006

9 Zbigniew Brzezinski: *Das gescheiterte Experiment: der Untergang des kommunistischen Systems*, Wien 1989

10 *stern – Das deutsche Magazin*, 18/2006

11 Gero von Randow, Ulrich Ladurner: *Die iranische Bombe. Hintergründe einer globalen Gefahr*. Hamburg 2006

12 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.4.2006

13 Carl Schmitt: *Frieden oder Pazifismus?*, Berlin 2005

14 AFP-Meldung vom 3.5.2006

15 www.netzeitung.de/ 1.5.2006

16 *Spiegel Online*, 8.5.2006

17 www.netzeitung.de/ 27.4.2006